



LOKALE BEILAGE FÜR MARZAHN-HELLERSDORF

Seite 2:



Seite 3:



Seite 4:



Görlitzer Park:

Exempel für Politikversagen und gescheiterter Integration

Der Görlitzer Park steht exemplarisch dafür, wohin uns die unkontrollierte Massenzuwanderung und die bedingungslose Toleranz führt. Ein Schmelztiegel von Drogenkonsum, Verelendung, Obdachlosigkeit, Gewalt gegen Frauen und rekordverdächtige Kriminalität.

Weder mit Zäunen oder Videokameras, weder hell leuchtende Lampen, noch Eingangskontrollen, keine mobilen Beratungsteams, auch keine „unbefugte“ Polizeipräsenz, keine Bürgerdialoge, keine Denkmäler für Drogendealer oder gar Coffee-Shops, auch keine weiteren Integrationslotsen oder möglicherweise Görlitz-Beauftragten, Parkläufer oder was auch immer sie sich noch Unsinniges einfallen lassen:



Nichts von alledem wird die Probleme mit dem Görlitzer Park lösen können.

Mittlerweile, nach über 8 Jahren des unveränderten Missstandes muss man sich allerdings fragen, ob ein konsequentes Vorgehen überhaupt gewollt ist, oder all die Schein-Maßnahmen nur dazu dienen sollen, den katastrophalen Zustand zu dulden bzw. zu verstetigen.

Senatsmitglieder, Verantwortliche in Polizei und Justiz - greifen Sie endlich mit allen Ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln durch - wenn Sie das überhaupt können! Schaffen Sie wieder Normalität und Sicherheit! Schützen Sie Frauen und Kinder, Anwohner und Touristen! Beseitigen Sie den Schandfleck der Stadt! Jetzt!





Unsere direkt gewählte Abgeordnete: **Jeannette Auricht** Preise steigen - Armutsquote auch. Verarmung stoppen!

Wo sind sie denn, die „Fachkräfte“?

Von den in Berlin untergebrachten Asylberbern und Asylanten arbeiten weniger als 8 %.

Das ist auf keinen Fall die „Fachkräfteeinwanderung“, mit der die Altparteien, die von ihnen vor über 8 Jahren eingeleitete Masseneinwanderung, begründet haben. Hat nichts gebracht, außer Belastung unserer Sozialsysteme.

Schnell sind auch Gründe genannt: fehlende Sprachkurse, zu strenge Anforderungen, zu viel Bürokratie ...

Die Erkenntnis, dass man aus Flüchtlingen nicht einfach Fachkräfte machen kann - auch nicht nach vielen Jahren - wird immer offensichtlicher. Das spielen nämlich auch Kultur, Sprache und Integrationswillen eine Rolle.

Es besteht nun die Aufgabe, diese



Fehlentwicklung zu beenden und zurückzudrehen. Und das geht nur mit der AfD und nicht mit denen, die jetzt das Gegenteil von dem ankündigen, was sie selbst durchgesetzt haben!

Ist für junge Menschen eine zuversichtliche Lebensplanung überhaupt noch möglich?

Sorgen sich ältere Bürger um einen würdigen Lebensabend?

Die Politik der letzten Jahrzehnte hat das Vertrauen in eine sichere Zukunft und die Ersparnisse der Bürger verspielt.

Die Gründe für diese besorgniserregende Entwicklung sind vielfältig.

Erstens hat die fehlgeleitete Euro-Politik zu einer maßlosen Verschuldung geführt, die sowohl aktuell als auch zukünftig zu einer Geldentwertung beiträgt.

Zweitens bewirkt die chaotische Energiewende global wenig, sorgt aber für eine immense Verteuerung der Energie— treibt somit die Preise für Lebenshaltung und Heizen in die Höhe und macht das Leben für viele immer unbezahlbarer. Die Armutsquote in Berlin steigt unaufhörlich. Besonders ältere Menschen und Kinder sind hiervon betroffen

Drittens hat die unkontrollierte Migration weder demografische Defizite gedeckt noch den versprochenen Fachkräftemangel beseitigt – stattdessen entstanden immense Kosten. Die Frage nach dem Wirtschaftsstandort Deutschland wird immer drängender,



insbesondere wenn Industrie und Handwerk stirbt oder abwandert. Dies wirft die existenzielle Frage auf:

„Wovon sollen die Menschen leben?“

Ein Politikwechsel ist daher dringend notwendig!

Nur durch einen klaren Kurswechsel können die Lebensbedingungen verbessert und die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands gesichert werden.

Also Schluss mit der hysterischen Klimapolitik—Schluss mit der falschen Geldpolitik der EU und Schluss mit der unkontrollierten Massenmigration.

Es ist an der Zeit, die Fehlentwicklungen der Vergangenheit zu korrigieren und eine Politik zu gestalten, die den Bedürfnissen der Bürger entspricht und langfristige Perspektiven für alle Generationen bietet.

Ihre Jeannette Auricht



Jeannette Auricht MdB

Ihre direkt gewählte Abgeordnete für Hellersdorf
Telefon: 030 / 76239809
Email: auricht@afd-fraktion.berlin
Internet: www.jeannette-auricht.de
Sprechstunden nach vorheriger Vereinbarung.

Video zum
Thema:



Unser direkt gewählter Abgeordneter: **Gunnar Lindemann** Migrationschaos endlich in den Griff bekommen! Berlin hat keinen Platz mehr!



Hunderttausende Migranten zieht es jährlich aus aller Herren Ländern nach Deutschland. Viele davon nach Berlin. Und die wenigsten haben tatsächlich Anspruch auf Asyl. Die meisten sind Glücksritter mit dem Wunsch nach einem besseren Leben. Das ist zwar durchaus verständlich und nachvollziehbar, aber es ist kein anerkannter Asylgrund.

Auch die Balkanroute über Ungarn, die lange Zeit als geschlossen galt, ist inzwischen wieder sperrangelweit offen. Viele Migranten sind bewaffnet und fast täglich gibt es wilde Schießereien an der ungarisch-serbischen Grenze. Nach offiziellen Angaben mit bisher drei toten Migranten. Die ungarische Grenzpolizei hat aktuell die Anweisung, sich bei Waffengewalt durch Migranten zurückzuziehen - und die Migranten durchzulassen.

Durch diese unkontrollierte Massmigration seit fast einem Jahrzehnt entstehen in Berlin immer mehr und immer größere Probleme: Es mangelt an Wohnraum, Kita- und Schulplätze fehlen, die Straßeninfrastruktur verammelt, um nur einmal einige Punkte zu nennen. Denn unter dem CDU/SPD geführten Senat hat Berlin kein Geld mehr für die Berliner. Nur um das Ankunftszentrum in Tegel einen (!) Tag lang zu betreiben, ist ein niedriger siebenstelliger Eurobetrag fällig. An jedem einzelnen Tag! Die genaue Summe dürfen wir Ihnen leider nicht nennen, denn CDU und SPD stufen diese Information als „Verschlussache –

Nur für den Dienstgebrauch“ ein. Die Regierung will offenbar nicht, dass die Bevölkerung erfährt, was mit ihrem Steuergeld passiert.

Daher hat unser Marzahner Abgeordneter Gunnar Lindemann, fachpolitischer Sprecher für Migration der AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, einen 10-Punkte-Plan entwickelt,



um diese Migrationskrise in Berlin in den Griff zu bekommen:

1. Umsetzung der Ausreisepflicht und eine Abschiebeoffensive für Ausreisepflichtige. Etwa 17.000 Menschen müssten Berlin verlassen.
2. Einstellung aller landesspezifischen Aufnahmeprogramme für Flüchtlinge. Auch CDU und SPD in Berlin lassen immer noch Syrer und Afghanen aus sicheren Ländern nach Berlin einfliegen.
3. Abschalten des Asylmagneten. Keine Geldleistungen mehr für Asylbewerber, sondern nur noch Sachleistungen.
4. Anrechnung vorhandener Eigenmittel wie Bargeld, Schmuck oder andere Wertsachen.

5. Verpflichtung zu gemeinnütziger Arbeit für Asylbewerber, die nicht arbeiten. Wenn der deutsche Steuerzahler diese Menschen hier finanziert, kann man auch eine Gegenleistung erwarten.
6. Umgehende Rückführung von Asylantragstellern, die aus sicheren Drittstaaten einreisen.
7. Beschleunigte Asylverfahren für Asylantragsteller aus Ländern, in denen es offensichtlich keine Asylgründe gibt (z.B. Moldawien oder Georgien).
8. Aufstellung und Umsetzung eines bilateralen Rückführungsabkommens mit der syrischen Regierung. Der Krieg in Syrien ist vorbei. Die syrische Regierung hat eine Generalamnestie erlassen. Somit ist der Asylgrund entfallen.
9. Aussetzung des Rechts auf Familiennachzug.
10. Entzug des Asylstatus für Asylbewerber, die in ihren Herkunftsländern Urlaub machen. Wer aus einem Land vor Krieg oder Verfolgung flüchtet, und dann dort Urlaub macht, kann dann auch direkt in seiner Heimat bleiben, denn offensichtlich besteht der vorgegebene Asylgrund gar nicht.

Mit der Umsetzung dieser Maßnahmen kann in Berlin viel Platz geschaffen werden, was unter anderem zu mehr Wohnraum und sinkenden Mieten führen würde. Das Geld der Berliner Steuerzahler könnte endlich wieder zum Wohle der Berliner Bevölkerung eingesetzt werden und würde nicht mehr in diesem exzessiven Ausmaß an Glücksritter aus aller Welt verteilt.

Gunnar N. Lindemann Mda

Ihr direkt gewählter Abgeordneter für Marzahn.
Telefon: 030 / 52686873
Email: afd.buero.lindemann@gmail.com
Internet: www.gunnar-lindemann.de
Sprechstunden nach vorheriger Vereinbarung.

Jeden Montag um 18 Uhr Online-Sprechstunde auf YouTube. Scannen Sie den QR-Code, der Sie zum YouTube Kanal führt. Ich freue mich auf die Diskussion mit Ihnen.



Gunnar Lindemann



Unsere Fraktion in der BVW

Sporthallen im Bezirk sanieren!

Gemäß Senatsangaben sind gegenwärtig 53 Sporthallen in Marzahn-Hellersdorf sanierungsbedürftig. Der Senat setzt pro Sanierungsobjekt einen Kostenbedarf i.H. von bis zu 3 Mio. Euro an. Somit ergäbe sich ein Gesamtinvestitionsaufwand von maximal 159 Mio. Euro. Nach unserer Auffassung ist es müßig, darüber nachzudenken, ob dieses Geld zur Verfügung steht, wenn andererseits dafür geworben wird, weitere Flüchtlingsunterkünfte im Bezirk zu errichten, die pro Standort rund 20 Millionen Euro kos-

ten. Die einzige Frage lautet, ob man es politisch will – und wo die Regierungsparteien ihre Prioritäten setzen. Wir haben daher einen Antrag in die Bezirksverordnetenversammlung eingebracht, wonach sämtliche Sporthallen im Bezirk zeitnah saniert werden sollen. Wenn das dafür notwendige Geld nicht zur Verfügung steht, kann man die Beträge, die für den Bau neuer Flüchtlingsunterkünfte im Bezirk vorgesehen sind, durchaus auch „umwidmen“. Das ist keine Frage des Könnens, sondern des Wollens. Und



wir wollen, dass Sie und Ihre Kinder ihren sportlichen Aktivitäten in modernen und sicheren Sporthallen nachgehen können.

Martin Koblischke



Wenn Sie im Berufsverkehr mit einer Verstärkerfahrt der Tramlinie M8, aus Marzahn kommend, in Richtung Innenstadt fahren wollen, kennen Sie die Situation zur Genüge: Am S-Bahnhof

BVG-Fahrplan fahrgastfreundlich gestalten!

Springpfehl endet Ihre Fahrt. Und der Tram 18, die Sie weiter zu Ihrem Ziel bringen soll, können Sie noch hinterherwinken. Folglich dürfen Sie 5-10 Minuten auf die nächste Tram 18 warten. Das wäre alles nicht nötig, wenn man die Ankunftszeiten der M8 Verstärkerfahrt, die ohnehin am Springpfehl endet, und der Tram 18 einfach „umtauschen“ würde. Das ist technisch möglich und hat überhaupt keine Auswirkungen auf den Gesamtfahrplan. Aufgrund zahlreicher Beschwer-

den von Marzahner BVG-Nutzern haben wir uns dieses Problems angenommen und werden im Dezember einen Antrag in die Bezirksverordnetenversammlung dahingehend einbringen, dass das Bezirksamt sich über den Senat um diesen Sachverhalt kümmern möge. Wir werden also in Kürze sehen, ob die anderen Parteien an einer fahrgastfreundlichen Vorgehensweise in dieser Sache interessiert sind.

Martin Koblischke

Wir wollen, dass Sie parken können!

Im Jahr 2010 hat ein rot-roter Senat in trauter Einigkeit mit einer linken Bezirksbürgermeisterin das landeseigene Gelände zwischen Trusetaler Straße und Märkische Allee an einen Privatinvestor verkauft. Was danach geschah, ist mittlerweile zu einem täglichen Ärgernis für die Anwohner geworden. Das Areal wurde geteilt, auf einem Teilstück entstanden 579 Wohnungen mit nur 145 Parkplätzen, auf dem anderen Teilstück hat man einen Möbelmarkt mitten ins Wohngebiet geklotzt. Das Ergebnis dieser völlig verfehlten linken Politik ist massive Parkplatznot für die Anwohner. Wir hatten daher im Sommer 2022 einen



Antrag (Drucksache 0564/IX) in die Bezirksverordnetenversammlung eingebracht, in dem das Bezirksamt aufgefordert wurde, prüfen zu lassen, inwieweit zusätzlicher Parkraum durch Tiefgaragen oder Aufstockungen mittels Rampen realisiert werden kann.

Dieser Antrag wurde bereits vor einem Jahr von der Bezirksverordnetenversammlung mehrheitlich angenommen. Das ist insofern ein Novum, als dass es sich in der laufenden Wahlperiode bisher um den einzigen AfD-Antrag handelt, der von den Altparteien nicht abgelehnt wurde. Doch was ist bisher passiert? Genau. Nichts! Das CDU-geführte Bezirksamt scheint gegenwärtig nicht besonders engagiert zu sein, wenn es darum geht, die Parkplatzsituation in Marzahn-Nord zu verbessern. Aber keine Sorge, wir bleiben weiter für Sie am Ball.

Martin Koblischke

